



Das Land Nordrhein-Westfalen und seine Kommunen bilden bei der Unterbringung und Versorgung von Menschen, die hier bei uns Schutz suchen, eine Verantwortungsgemeinschaft. Wir sehen gemeinsam hohe Zuzugszahlen nach Deutschland und eben auch nach NRW.

Wir sehen diese Herausforderungen, die ganz konkret auf Land, Städte und damit die Stadtgesellschaften zukommen und nehmen sie sehr ernst.

Vor diesem Hintergrund ist klar, dass sich bei den Prüfungen für neue Einrichtungen für Geflüchtete nicht alle Standorte realisieren lassen. In einem intensiven gemeinsamen Abwägungsprozess haben Stadt und Land einvernehmlich beschlossen, das Projekt ZUE Gladbeck am Standort Hotel van der Valk nicht weiter zu verfolgen. Im Gegenzug dazu wird die Stadt Gladbeck Möglichkeiten für die Unterbringung von Geflüchteten in Landeseinrichtungen mithilfe des Landes schaffen. Dazu werden sich nun alle Beteiligten von Seiten des Landes und der Kommune an einen Tisch setzen und vertrauensvoll Lösungen erarbeiten.

In diesem Rahmen nehmen Land und Stadt alle Möglichkeiten zur Schaffung weiterer Kapazitäten, das heißt, auch kleinere Liegenschaften oder Freiflächen in den Blick. Das Land NRW und die Stadt Gladbeck sind daher gemeinsam bestrebt, Lösungen zu finden, die sowohl unserer Verantwortung gerecht werden als auch örtliche Gegebenheiten und Herausforderungen angemessen berücksichtigen.

Ministerium, Bezirksregierung und Stadt ist es wichtig, gemeinsam dafür Sorge zu tragen, dass Menschen, die in NRW Schutz suchen, auch untergebracht werden können. Unsere Aufgabe als Demokratinnen und Demokraten ist es, auch in schwierigen Situationen dafür gemeinsam Lösungen zu finden.

Düsseldorf, 07. September 2023

Gladbeck, 07. September 2023

- Carola Holzberg -
Abteilungsleiter Flucht

- Bettina Weist -
Bürgermeisterin